

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außschl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Juni 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Verhandlungsberichte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 73.

Der „Korrespondent“ kostet

vierteljährlich 65 Pf., für zwei Monate 44 Pf., für einen Monat 22 Pf., und kann bei allen Postanstalten bestellt werden. — Dieser bescheidene Preis ermöglicht jedem Kollegen das Lesen des „Korr.“, der für jedes Verbandsmitglied ein unentbehrlicher Informator über das gesamte gewerbliche Leben ist. Wer in der Organisation seinen Platz ausfüllen will, ist ohne „Korr.“ dazu unfähig. Am seiner selbst willen muß jedes Mitglied des Verbandes Abonnent des „Korr.“ sein.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in einer zu Nr. 23 des „Korrespondenzblatt“ herausgegebenen Beilage die Statistik über: „Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1909“. Diese Arbeit gewährt wieder wie die Statistiken der früheren Jahre ein anschauliches Bild von einem bestimmten Teil gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Während des Berichtsjahrs hat sich der Bestand der Kartelle um 31 vermehrt. 1908 betrug ihre Zahl 823 und am Schlusse des Jahres 1909 854. Von den 854 Kartellen sind 619 = 72,6% an der Statistik beteiligt. Der Ausfall von 35 Kartellen aus der Statistik ist zwar bedauerlich, jedoch wird dadurch ihr Resultat nur unerheblich beeinflusst, da es sich in der Hauptsache nur um kleinere Kartelle mit geringeren Mitgliederzahlen handelt.

Aus der Berichterstattung der Kartelle über die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften und Mitglieder läßt sich bereits erkennen, daß der im Jahre 1908 bei den Zentralverbänden stattgehabte Rückgang an Mitgliedern im Jahre 1909 wieder ausgeglichen wurde. Die Zentralverbände haben die ihnen durch die wirtschaftliche Krise auferlegte Lastungsprobe gut überstanden. Den 619 an der Statistik beteiligten Kartellen sind 8548 Gewerkschaften mit 1.619.666 Mitgliedern angeschlossen. Davon sind Zweigvereine von den der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbänden 8520, die zusammen 1.612.449 Mitglieder zählen. Im Jahre 1908 wurden 8400 Zweigvereine mit zusammen 1.555.101 Mitgliedern als den Kartellen angeschlossen gezählt. Das ist ein Mehr von 120 Zweigvereinen und 57.348 Mitgliedern. Nur zu einem ganz geringen Teil ist diese Zunahme auf das Konto der 13 Kartelle zu setzen, die an der diesjährigen Statistik mehr beteiligt sind. Es kommt vielmehr dabei das Wachsen der Mitgliederzahlen der Zentralverbände zum Ausdruck.

Die Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine der Zentralverbände ist von 394 auf 330 zurückgegangen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch in der Folgezeit die Zahl der nicht angeschlossenen Zweigvereine ständig verringert. Es sind dann noch außer den Zweigvereinen der Zentralverbände den Kartellen insgesamt 28 sonstige Gewerkschaften mit zusammen 7217 Mitgliedern angeschlossen. Es kommt dabei hauptsächlich der Verband der süddeutschen Eisenbahnarbeiter in Betracht, welcher mit 23 Zweigvereinen, die 6340 Mitglieder zählen, den Kartellen angeschlossen ist. Ferner sind noch angeschlossen der Verband der technischen Bühnenarbeiter mit vier Zweigvereinen, welche 334 Mitglieder zählen, und schließlich dem Generalkartell ein Zweigverein des Verbandes der Zeichner mit 43 Mitgliedern. Außer den vorbezogenen Gewerkschaften gehören noch den Kartellen Organisationen an, die zwar wirtschaftliche Ziele verfolgen, jedoch nicht als Gewerkschaften angesehen werden können. Es sind dies folgende: der Verband der freien Gastwirte mit 19 Zweigvereinen; der Verband der Hausangestellten und Diensthöten mit 3969 Mitgliedern in 18 Zweigvereinen, ferner ein Zweigverein des Verbandes der Händler.

Zeilt man die Kartelle in vier Gruppen ein, so stellt sich der Umfang derselben nach der Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften folgendermaßen dar: Es sind angeschlossen 429 Kartellen (1908: 419) je 2—15 Ge-

werkschaften; 140 Kartellen (1908: 141) je 16—30 Gewerkschaften; 44 Kartellen (1908: 39) je 30—50 Gewerkschaften und 6 Kartellen (1908: 7) je über 50 Gewerkschaften. Die Bedeutung der Kartelle wird jedoch nicht lediglich bestimmt durch die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften, sondern es kommen dabei auch deren Mitgliederzahlen in Betracht. Es sind angeschlossen 255 Kartellen (1908: 240) je bis 500 Mitglieder; 314 Kartellen (1908: 312) je 501—5000 Mitglieder; 40 Kartellen (1908: 44) je 5001—25000 Mitglieder und 10 Kartelle (1908: 9) haben einen Bestands von über 25000 Mitgliedern.

Aus den zum Vergleich gegenübergestellten Zahlen der Jahre 1908 und 1909 ist ersichtlich, daß sich die kleineren Kartelle vermehrt haben. Bei der Erweiterung des Kartellbestandes kommen eben nur noch kleinere Orte in Frage, da größere oder solche mit erheblicher gewerblicher Bevölkerung schon Kartelle besitzen.

Zu der Gruppe der Kartelle mit über 25000 Mitgliedern gehören die Orte: Berlin (23191), Chemnitz (25842), Dresden (53140), Frankfurt a. M. (32365), Hamburg (98645), Hannover (34982), Leipzig (60718), München (56332), Nürnberg (40265), Stuttgart (25719). Diese zehn Kartelle haben seit 1908 eine Zunahme an Mitgliedern erfahren, welche sich insgesamt auf 32.698 bezieht. Bei Berlin und Dresden ist diese Zunahme zum Teil auf erfolgten Anschluß anderer Kartelle zurückzuführen. Chemnitz ist zu den Kartellen, welche über 25000 Mitglieder zählen, neu hinzugekommen.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Kartelle ist die Vertretung und Förderung der gewerkschaftlichen Agitation innerhalb ihres Wirkungsbereiches. Inwieweit die Kartelle im Jahre 1909 dieser Aufgabe nachgekommen sind, geht zum Teil aus der Zahl der von ihnen veranstalteten Versammlungen hervor. Es wurden abgehalten 2668 allgemeine und 1395 berufliche Versammlungen. Gegenüber dem Jahre 1908 sind es 79 Versammlungen weniger. Dieser Rückgang ist zu unbedeutend, um daraus ungünstige Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Unverkennbare Fortschritte sind in den Bestrebungen zur Gewinnung weiblicher Mitglieder zu verzeichnen. Es geht dies daraus hervor, daß die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen von 30 auf 48 und die der Arbeiterinnenkommissionen von 18 auf 29 gestiegen ist. Angesichts des unaufhaltbaren Vordringens der weiblichen Arbeitskraft auf dem gewerblichen Gebiet ist eine intensive Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen auch durchaus notwendig.

In einer recht erheblichen Anzahl von Orten wird die Tätigkeit der Gewerkschaften eingegrenzt durch die Vorenthaltung von Versammlungsorten. Die Gewerkschaftsmitglieder haben dort die Pflicht, diesen örtlichen koalitionsfeindlichen Bestrebungen durch ausdauernden, planmäßigen Kampf entgegenzuwirken. Soweit wie irgend möglich, muß daneben durch Mietung von Räumen dafür gesorgt werden, daß wenigstens die notwendigen Versammlungen abgehalten werden können. In 48 Fällen wurden von den Kartellen solche Versammlungsorte unterhalten.

In engen Zusammenhänge mit der agitatorischen Tätigkeit stehen die von den Kartellen in erfreulichem Umfang propagierten Bildungsbestrebungen. Die Zahl der Kartelle, die gemeinsame Bibliotheken besitzen, hat sich in dem Jahre 1909 von 430 auf 464 erhöht. Lesezimmer wurden 54 unterhalten. Bildungsausflüge bestehen in 272 Orten (1908: 235) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 284 (1908: 234). Von den seitens der Kartelle veranstalteten allgemeinen Versammlungen wird eine erhebliche Anzahl durch Vorträge wissenschaftlicher Vorträge den Bildungsbestrebungen gewidmet gewesen sein.

Eine recht nützliche Aufgabe erfüllen die Kartelle in der Vornahme statistischer Erhebungen. Im Vordergrund stehen dabei die Arbeitslosenzählungen, die in 89 Fällen vorgenommen wurden. Ihre Zahl tritt zwar hinter der des Vorjahres (1908: 114) um 25 zurück; doch ist dieses daraus erklärlich, daß 1908 eine ausnahmsweise starke Steigerung dieser Zählungen stattgefunden hat. Außer den Arbeitslosenzählungen wurden noch fünf Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und 77 sonstige Erhebungen vorgenommen.

Dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung wird von den Kartellen fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es bestanden 1909 in 134 Orten Beschwerde-

kommissionen für Gewerbeinspektionsachen, in 46 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Rost- und Logiswesens bei dem Arbeitgeber und in 221 Orten Bauarbeiterschutzkommissionen.

Die Zahl der Gewerkschaftshäuser beträgt 63. Im Jahre 1908 wurden 51 festgestellt. In 30 Fällen dienten gepachtete oder gemietete Räume solchen Einrichtungen, und in 34 Orten sind Gewerkschaftshäuser auf eigenem Grundstücken errichtet. Zur Errichtung und Führung von Gewerkschaftshäusern sind in der Regel besondere Genossenschaften gebildet. Man kann deshalb, wörtlich genommen, dabei nicht von Einrichtungen der Kartelle sprechen. Doch haben in allen Fällen die Gewerkschaftshäuser ihren hauptsächlichsten finanziellen Stützpunkt in den Gewerkschaften bzw. deren Mitgliedern.

Für Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder in gut eingerichteten Herbergen wird von den Kartellen erhebliches geleistet. 28 Kartelle unterhalten Herbergen in eigener Regie, die in der Regel in Verbindung mit Gewerkschaftshäusern stehen. Wo es nicht möglich ist, eigene Herbergen zu errichten, bemühen sich die Kartelle durch Abmachungen mit Herbergswirten, für die Unterbringung der Reisenden in guten Räumen zu sorgen. Die Zahl der Herbergen bei Gastwirten ist seit dem Jahre 1908 von 255 auf 303 gestiegen.

In 95 Orten werden von den Kartellen Arbeitersekretariate unterhalten. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Außer den Sekretariaten sind noch von 172 Kartellen Rechtsauskunftstellen eingerichtet. Von 88 Kartellen werden insgesamt 146 Beamte beschäftigt, die hauptsächlich in den Sekretariaten tätig sind.

Die Einnahmen der Kartelle werden hauptsächlich gebildet aus Beiträgen, die von den Gewerkschaftsmitgliedern bzw. den Gewerkschaften geleistet und in der Regel pro Mitglied berechnet werden. Daneben bestehen noch als Einnahmequellen Überschüsse aus Veranstaltungen und Unternehmungen. Von den 619 an der Statistik beteiligten Kartellen erheben einen festen Beitrag pro Mitglied 610. Darunter befinden sich 98, welche getrennte Beitragsleistung für die Kartellasse und das Sekretariat (bzw. Auskunftsstelle) haben. Die Zahl der Kartelle mit einem Jahrsbeitragslage bis höchstens 20 Pf. beträgt 88 = 14,2% Proz. Einen Beitrag von 21—40 Pf. erheben 213 Kartelle = 34,4% Proz. 221 Kartelle = 35,7% Proz. erheben einen Beitrag von 41—100 Pf. Bei 82 Kartellen = 13,4% Proz. bewegt sich der Beitrag zwischen 101 bis 200 Pf. und bei 6 Kartellen = 1,0% Proz. geht die Beitragsleistung über 2 M. hinaus. Der durchschnittliche Jahrsbeitrag aller Kartelle ist seit 1908 von 60,7 Pf. auf 63,4 Pf. gestiegen.

Wiederholt ist schon darauf hingewiesen, daß die Leistung zu hoher Kartellbeiträge nicht im Interesse der Gewerkschaften liegt. Werden die Gewerkschaftsmitglieder an Orte verhältnismäßig stark belastet, so wird damit der Ausdehnung der Gewerkschaften Abbruch getan. In der Regel wird die Leistung zu hoher Beiträge herbeigeführt durch Einrichtung von Sekretariaten und Errichtung von Gewerkschaftshäusern. So nützlich wie auch solche Einrichtungen zweifellos sind, so sollte man doch zu ihnen erst dann übergehen, wenn der Kreis der Mitglieder groß genug ist, um ohne zu starke Belastung des einzelnen solche Aufgaben durchführen zu können.

Angaben über Einnahmen und Ausgaben haben 604 Kartelle gemacht. Diese hatten insgesamt Einnahmen: an Beiträgen 642.972 M., an Streifenleistungen 756.067 M. und an sonstigen Einnahmen aus den Überschüssen von Veranstaltungen und Unternehmungen, Sammlungen, Schriftvertrieb usw. 333.657 M. Die Gesamteinnahme betrug 1.732.696 M. Dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 1.709.855 M. gegenüber, welche sich auf folgende Posten verteilte: Agitation 91.715 M., Arbeitervertreterwahlen 34.121 M., statistische Erhebungen 26.338 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsorte 57.447 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 40.857 M., Sekretariate und Auskunftsstellen 225.809 M., Bibliotheken und Lesezimmer 57.993 M., Streiks 76.442 M. (davon aus den Kartellkassen 21.818 M.), Verwaltungskosten (sachliche und persönliche) 184.345 M., sonstige Ausgaben 226.728 M. Unter den Ausgabe-posten für Verwaltung sind vielfach auch die Kosten für Auskunfts-erteilung und Sekretariate verzeichnet worden, in welcher Höhe, läßt sich aus den Kassenberichten nicht feststellen.

Die Kassenbestände der 604 Kartelle betragen insgesamt am Schlusse des Jahres 1908 495915 Mk. und am Schlusse des Jahres 1909 518765 Mk. Es ist demnach eine Vermehrung der Kassenbestände von 22341 Mk. eingetreten.

Stellt man Einnahme und Ausgabe für 1909 außer Berechnung, so ergibt sich für das Jahr 1909 gegenüber dem Jahre 1908 eine Vermehrung der Einnahmen von 90325 Mk. und eine Erhöhung der Ausgaben von 75855 Mk. Die Ausgaben haben sich u. a. erhöht bei den Posten: Agitation um 7288 Mk., Arbeitervertreterwahlen um 4799 Mk., Statistik um 19331 Mk., Herbergen um 26118 Mk., Kunstfertigkeit und Bibliotheken um 44459 Mk.

Von dem Opfermut der Klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft legen die seitens der Kartelle im Berichtsjahr aufgeführten Summen zur Unterstützung der schwedischen Arbeiter ein rühmliches Zeugnis ab. Es wurden durch Sammlungen, an denen 30 Kartelle beteiligt waren, 756067 Mk. aufgebracht, außerdem wurde von 247 Kartellen zusammen 21818 Mk. an Unterstützung aus den Kartellkassen geleistet, so daß insgesamt 777885 Mk. an Streifenunterstützung aufgebracht wurden. Herausgabte wurden für auswärtige Streiks (d. h. nach Schweden) 759 630 Mk. und für Streiks am Orte die verhältnismäßig geringe Summe von 4812 Mk. Es kommt dann noch in Betracht, daß eine ganze Anzahl Kartelle das Ergebnis der Sammlungen und die abgeführten Summen nicht in den Klassenbericht mit aufnahmen. Nach dem Jahresberichte der Generalkommission pro 1909 („Korrespondenzblatt“ Nr. 13, 1910) haben die Kartelle zur Unterstützung des Kampfes in Schweden 864124 Mk. aufgebracht, also 104 494 Mk. mehr als durch die Kartellstatistik nachgewiesen wird.

Im allgemeinen ist die Entwicklung der Kartelle der freien Gewerkschaften fortlaufend eine günstige gewesen, und auch für den Bericht pro 1909 kann erfreulicherweise ein weiterer guter Fortschritt konstatiert werden, der nicht allein in der eingetretenen Vermehrung der Kartelle, sondern auch in deren erhöhter Tätigkeit zum Ausdruck kommt. Neben der Erfüllung der agitatorischen Aufgaben sind es besonders die Bildungsbestrebungen, denen die Kartelle in immer steigenderem Maße ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wie aus der fortlaufenden Vermehrung der zur Pflege dieser Bestrebungen berufenen Organe hervorgeht. Der Drang nach Bildung und Wissen entpringt der richtigen Erkenntnis, daß die Pflege der geistigen Interessen des Proletariats wiederum eine wichtige Triebfeder zum Kampfe für dessen bessere Gestaltung der Lebenslage bildet. Der Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Pflege der geistigen Interessen stehen in beiderseitig innigen Wechselbeziehungen zueinander.

Gewert- und Genossenschaftsrevue.

Zu unserer Genugtuung können wir im nachstehenden aus der Feder eines hervorragenden Genossenschaftlers über den diesjährigen Genossenschaftstag einen Originalbericht bringen. Die Leser des „Korr.“ erkennen daraus, daß wir keine Kosten und keine Mühen scheuen, sie über die gerade heutzutage so wichtige Genossenschaftsbewegung nach bestem Vermögen zu informieren.

Der siebente Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der vom 13. bis 15. Juni in München stattfand, brachte gleich bei seiner Eröffnung eine Sensation. Wenigstens für unsere heutigen Verhältnisse ist die offizielle Begrüßungsrede des Vertreters der Stadt München, Rechtsrat Dr. Merkt, so zu bezeichnen. Beim Eröffnungsbändchen im Festsaal des „Hofbräuhaus“, welchem gut 2000 Personen anwohnten, hielt der genannte Herr, der sozialpolitisch mehr nach der Seite des Zentrums gravitieren soll, einen Vortrag über das Konsumvereinswesen, den man von einem Stadtvertreter auf deutschen Konsumgenossenschaftstagen bislang noch nicht gehört hatte. Es war ja sicherlich gut, was z. B. die Stadtherren in Eisenach und Mainz gesagt hatten, und ganz besonders auf der Stuttgarter Tagung im Jahre 1905 bekam man das Gefühl, daß es doch auch Leute auf den Ratsstuben der großen Städte gibt, die vorurteillos das Wirken der Konsumvereine zu betrachten gewohnt sind. Von der hamburgischen Republik natürlich abgesehen, wo seinerzeit der hohe Rat mit der Entschuldigung dahersinfte, daß durch die Eröffnung der — Hundausstellung die gleichzeitige Anwesenheit beim Genossenschaftstage nicht möglich sei! Und tatsächlich blieb das Sankeltemporium Deutschlands der großen Veranstaltung des wirtschaftlich modernsten und fortgeschrittensten Handelssystems, des genossenschaftlichen, fern. Kein Wunder, wenn sich da die Parallele zwischen Nord und Süd mit zwingender Gewalt aufdrängte. Schließlich zieht man doch das bayrische Kapuz, als welches Webel 1903 mit einem Dresdner Donnerstag die Stadt des HB und der Kunst zu bezeichnen beliebte, den nordischen Polizeirepubliken und — monarchien vor. Doch zur Sache.

Rechtsrat Dr. Merkt wies in seiner nahezu einstündigen Rede darauf hin, daß vor 66 Jahren „28 arme, arbeitslose, hungerige Weber“ den ersten Konsumverein gründeten, und daß heute Millionen von Konsumenten in vollkommen gleichartigen Organisationen Milliarden für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse ausgeben und dafür Hunderte von Millionen volkswirtschaftlicher Sparnis erzielen. „Was sind 66 Jahre im Leben der Völker, in der Wirtschafts- und Kulturgeschichte? Wie mancher Gedanke, dem die Zukunft

gehören mußte, hat jahrhundertlang gebraucht, bis er durchdrang!“ So rief der Redner aus, um die Krieseentwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation im letzten Menschenzeitalter zu charakterisieren. „Gewaltig und staunenerregend ist die Entwicklung, die der Genossenschaftsgedanke nicht nur in seinem Ursprungsland England, sondern auch bei uns im Deutschen Reich und in der ganzen Welt genommen hat; gleich wichtig für tausende und abertausende Einzelwirtschaften wie für unsere gesamte Volkswirtschaft. Namen wie die von Lassalle und Schulze-Delitzsch, ohne die wir uns eine deutsche Wirtschaftsgeschichte nicht denken können, knüpfen sich bei uns an diese Entwicklung.“ Und dann ging der Redner diese Entwicklung durch, fand, daß es in Deutschland 28000 Genossenschaften mit rund fünf Millionen Mitgliedern (Familien) gäbe, worunter etwa 3000 Konsumvereine mit allein eineinhalb Millionen Mitgliedern; schilderte das Wesen der Konsumvereine als eine Wirtschaftsdemokratie mit allen Fehlern und Vorzügen der Demokratie überhaupt, welche nur durch den Massenbetrieb sich ausgleichen, und erblühte schließlich die Ursache der Konsumgenossenschaften in dem Lösungswort der 28 Weber von Rochdale: „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Und auch darin, „weil der Gedanke, der dieser Genossenschaftsbewegung zugrunde liegt, Einigkeit macht stark!“ ein gesunder, nicht zu bezwingender ist.“ Für wahr, Carlisle, der das erstere Lösungswort geprägt hat, wird finden, daß es in der genossenschaftlichen Arbeit und ihren Erfolgen eine sinngemäße Erfüllung gefunden hat und immer mehr finden wird, wenn erst die Massen begriffen haben, daß es neben allen politischen und gewerkschaftlichen Notwendigkeiten gibt, in höherem Maße wirtschaftliche Tatsachen zu schaffen, an dem Wirtschaftsbau der Zukunft mitzuarbeiten, wenn man sich „den vollen Ertrag seiner Arbeit“ sichern will. Diese Reflexion stammt aber nicht von unserm Münchner Rechtsrate, der im weiteren Verlaufe seiner begeisterten Rede mit seiner Dialektik auch die Mittelstandsfrage in den Bereich seiner Erörterungen zog. Er war zwar nicht ganz sicher auf diesem Boden, und sein Bedankenflug mag etwas gemehmt gewesen sein, als er an die andern Tags wohl verubt dreinschauenden Zentrumsgesichter in den „Ratsstub“n des Münchner Stadthauses gedacht hat, aber er verstand es trotzdem, auch hier die wirtschaftlichen Tatsachen im Interesse der Konsumvereine sprechen zu lassen und einen Einklang des Konsumvereinswesens und der Mittelstandsfrage herzustellen. Zwar trifft die Auffassung nicht zu, daß „auch die Hauptgegner der Konsumvereine, die kleinen Kaufleute und die Gewerbetreibenden, der Mittelstand, ... mehr und mehr einsehen, daß der Konsumverein nicht der gefährliche Gegner ist, für den er gehalten wurde.“ Bis heute hat man von dieser Einsicht noch nichts gemerkt. Aber darum ist es nicht weniger wahr, wenn der Redner fortfuhr, „daß der Konsumverein in der heutigen Zeit der Organisation des Kapitals und der Produktion in Kartellen, Ringen und Trusts vielfach notwendig ist als Gegengewicht, als Organisation der Konsumenten.“ Dann bezog er sich auf Schmoller, der nachgewiesen habe, „daß die bekräftigte Lage, in der sich unser Mittelstand, insbesondere das Kleingewerbe, tatsächlich befindet, keine Sache für sich sei, sondern eine Folge der allgemeinen Änderungen unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse.“ Daraus zog er den guten Schluss, daß man „die Konsumvereine nicht für Dinge verantwortlich machen solle, für die sie nichts können.“ Er fand überhaupt in der Stärkung des Mittelstandes durch die Konsumvereine und im Zusammenhalte heider gegen das Großkapital die zukünftige Richtung unsers Wirtschaftslebens und tröstete sich oder den Mittelstand über die Eliminierung mancher kleinen Existenz durch die Entwicklung der Konsumvereine mit der unansehnlichen Tatsache, daß wie jede politische Ummwälzung — wofür er die französische Revolution und die Gründung des Deutschen Reichs nannte — auch jede wirtschaftliche einzelnen das Leben koste. Zum Schluß wies Dr. Merkt — der Mann verdient, daß man sich seinen Namen einprägt — noch darauf hin, daß insbesondere die Tätigkeit der Konsumvereine auf dem Gebiete der Binderung der Wohnungsnot sie „zum Verbündeten aller fortschrittlichen Stadtverwaltungen macht, die denselben Ziele zustreben.“ Aber auch die Neutralität der Konsumvereine fand eine berechtigte und zutreffende Anerkennung in der Apoptrophe: „Müge vor allem die Neutralität, deren Sie sich bestreben, die Unabhängigkeit von jeder politischen Richtung und religiösen Überzeugung, Sie nie verlassen.“ Es ist kaum notwendig zu sagen, daß diese Begrüßungsrede wiederholt zu stürmischen Beifallstundgebungen hinriß. Und wir haben uns etwas länger als üblich bei dieser Rede verweilt, weil sie wie eine Dase immitten all der rückständigen wirtschaftlichen Bestrebungen sich ausnimmt, die man auf den meisten deutschen Kartagen und mehr noch in den Ratsstuben, insbesondere in den sächsischen, findet. Aber auch unsern Kollegen (und ganz besonders dem Herrn Kollegen Wilmner in Wadenburg i. Schl.) mag es in manchem Betracht nützlich und wertvoll sein, die großzügige Charakterisierung der Konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsbewegung aus dem Munde des offiziellen Vertreters einer deutschen Großstadt zu erfahren. Wenn es solche „Papauer“ überall gäbe...!

Am gleichen Abend kam auch die Internationalität der Genossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung für den künftigen Völkerverfrieden zum Wort, indem der Präsident Maxwell (Schottland) des Internationalen Genossenschaftsbundes im Hinblick auf den im September in Hamburg stattfindenden internationalen Genossenschafts-

tag darauf hinwies, daß noch „niemals die Verwandtschaft zwischen der deutschen und englischen Demokratie enger und freundschaftlicher gewesen sei. Niemals habe Britannien mit größerem Interesse die erzielten Erfolge der deutschen Arbeiter verfolgt, und nie seien vorher dort solche entschlossenen Anstrengungen gemacht worden, sich mit der Arbeiterklasse aller Länder zur Förderung des Weltfriedens zu vereinigen.“ Inhaltlich schwerere Worte, die zeigen, wie die Genossenschaftsbewegung neben ihren rein wirtschaftlichen Zielen an der Schaffung von Kulturwerten beteiligt ist, die die Zivilisation der Menschheit bedeuten! Es sind Postulate, die unsere Kollegen zu eifrigster Mitarbeit anspornen müssen.

Die in der ersten Hauptversammlung am 14. Juni gegebenen Berichte des Vorstandes und des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine können wir bezüglich der Entwicklungsziffern übergehen, da wir diese in Nr. 64 vorweggenommen haben. Hervorzuheben ist nur noch, daß der Vorstand des Zentralverbandes auch die genossenschaftliche Bildungsfrage in Angriff genommen hat, die ihre Spitze in der Errichtung einer Konsumgenossenschaftlichen Universität finden soll. Ein bißchen viel — Zukunftsmusik! Bei aller Anerkennung solcher Bestrebungen, die ja auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete nicht unbekannt sind, möchten wir doch der Meinung sein, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung als ein wenn auch sehr umfassendes Stück allgemeinen Wirtschaftslebens sich hier Ziele steckt, die besser als eine Frage der Allgemeinheit des Volks behandelt werden. Man wird es auch wohl nur mit einer gewissen schablonenhaften Umwandlung gegenüber den Bildungsbestrebungen auf arbeiterpolitischem und gewerkschaftlichem Gebiete zu tun haben. Dies ist doch aber etwas ganz anderes. Zwar wurden 1909 in England 1800000 Mk. für genossenschaftliche Unterrichtskurse und 1200000 Mk. für gemeinnützige Zwecke ausgegeben, in Deutschland für beide zusammen nur 400000 Mk., aber von solchen Unterrichtskursen bis zur Errichtung einer Universität ist doch immerhin ein „Schritt“, der weit, weit größer sein dürfte als der — vom Erbhabenen zum Bäckerischen. Verzeihung! Damit ist nicht gemeint, daß der mittels Resolution beschlossene Fonds „zur Förderung des Konsumgenossenschaftlichen Fortbildungsunterrichts“ überflüssig sei. Wenn er wie in England verwendet wird, hat er mit dem etwas utopisch anmutenden Universitätsgebanken nichts zu tun.

Einem Bericht über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes ist zu entnehmen, daß derselben 143 Vereine angeschlossen sind und die Zahl der versicherten Personen 3808 beträgt. Das Kassenvermögen betrug Ende 1909 rund 1200000 Mk., wovon allein auf das Berichtsjahr ein Zuwachs von 375586 Mk. kommt. Zu beachten ist dabei, daß die Kasse nach fünfjährigem Bestand zum erstenmal am 1. Januar 1911 Unterstützungen (Pensions-, Witwen- und Waisenversorgung von Arbeitern und Angestellten der Konsumvereine) ausbezahlt wird, wofür also bis Ende 1910 mit einem Kapitale von rund 1 1/2 Millionen gerechnet werden kann. Die Kasse zeigt die soziale Pflichterfüllung der Konsumvereine von einer guten Seite, denn die Hälfte der 6 Proz. des Gehalts oder Lohns betragenden Beiträge ist von den Vereinen zu leisten, und manche zahlen den ganzen Beitrag, der bei einzelnen Vereinen die Summe von 10000 Mk. jährlich übersteigt.

Noch ist von der ersten Hauptversammlung ein Vortrag über „Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen“ zu vermerken, der wesentlich fach-technischen Inhalt hatte und nur für unsere Kollegen in den Verwaltungen der Konsumvereine von Interesse ist, wo sie ihn wohl als Genossenschaftsliteratur erhalten werden: Soweit genossenschaftliche Fragen in Betracht kommen, wurde die leidige Tatsache wiederholt festgelegt, daß die Konsumvereine recht stiefmütterlich behandelt werden. Auch für sie wird es hohe Zeit, daß unsere Reichs- und Landesgesetzgebung fortschrittlichen Geist atmet.

In der zweiten Hauptversammlung am 15. Juni kamen die gewerkschaftlichen bzw. sozialpolitischen Referate an die Reihe. Es handelte sich dabei, wie wir schon in Nr. 64 kurz bemerkten, um Vereinbarungen zwischen dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die Sache lag in v. Glms Händen und war da gut aufgehoben. In fünf Resolutionen wurden die Grundsätze verbrieft, die für das Geschäftsleben der Konsumvereine in gewisser Richtung bestimmenden Einfluß ausüben sollen.

Über die Hausindustrie und Heimarbeit wurde bestimmt, daß ihr möglichst der Boden entzogen und unter gewissen Voraussetzungen der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeit und Hausindustriellen unterstellt werden soll. Hausindustrielle Nahrungs- und Genussmittelproduktion soll von den Konsumvereinen generell gemieden werden.

Das gleiche soll insbesondere den Strafanstalts-erzeugnissen gegenüber geschehen. Hierbei wurde festgestellt, daß nach einer im Herbst 1909 aufgenommenen Statistik von den mehr als 1000 Genossenschaften des Zentralverbandes nur zehn solche Strafanstaltsbezeugnisse führen.

Bezüglich der Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit Unternehmerorganisationen vereinbarten Tarife verpflichtete sich der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, „den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungsverträgen sowie bei Vergebung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, welche die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen

tarife und Vereinbarungen anerkennen. Soweit schriftliche Wertverträge über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontrakte eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaft und die zwischen diesen und den Arbeitgeber abgesehenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen.

Ist der Inhalt dieser drei Resolutionen im wesentlichen als Richtbestimmung der Genossenschaften aufzufassen, so galt die vierte der genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, die vor allem dahin deklarieren werden können, daß eine unabhängige Propaganda systematischer Charakter zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehöre. Daß in diesem Betracht nicht nur „manches“, sondern noch recht viel gesehen kann und muß, beweist die faktulatorisch erhobene Tatsache, daß noch nicht ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder zu gleicher Zeit den Genossenschaften angehört, während wohl vier Fünftel der Genossenschaftler gewerkschaftlich organisiert sind. Man kann geradewegs den Konsumvereinen nicht immer neue Verpflichtungen gegenüber gewerkschaftlichen Anforderungen zuweisen, die das Maß des bei den Privatbetrieben Geforderten manchmal weit übersteigen, ohne gleichzeitig für eine dementsprechende Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Konsumvereine mit zu sorgen. Möchten unsere Kollegen allerorten daraus die richtige Lehre entnehmen.

Die fünfte Resolution, welche die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften (Produktionsgenossenschaften) betraf, bewegt sich auf rein genossenschaftlichem Wirtschaftsgebiete. Bekanntlich ist die Gründung von sogenannten Produktionsgenossenschaften, insbesondere nach manchen verlorenen Streiks, ein Schmerzenskind der Genossenschaftsbewegung, aber auch der allgemeinen Arbeiterbewegung. Der Kern der Resolution besagt deshalb: „Die Errichtung besonderer Produktionsgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt 1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirks zur gemeinsamen Produktion bzw. zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktionsgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind; 2. um industrielle Arbeitsgenossenschaften (sogenannte Arbeiterproduktionsgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solche häufig nach erfolglosen Streiks vorkommen; und wenn deren Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Groeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt. Arbeiterproduktionsgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis gegründet werden, sind lediglich als Privatunternehmungen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.“

Die Durchführung dieser Resolutionen ist der gemeinschaftlichen Überwachung durch den Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands bzw. den örtlichen Gewerkschaftskartellen überantwortet. Es wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen können, inwieweit bei allen die theoretische Formulierung mit der Möglichkeit ihrer praktischen Handhabung im Einklang steht. Insbesondere der reibliche Wille gleicht der guten Tat. Einstimmig votierte der Genossenschaftstag für diese Vereinbarungen, denen v. Ein einen wirksamen dialektischen Rahmen zu geben wußte.

Noch folgte ein Bericht über die Tätigkeit des genossenschaftlichen Tarifamts, dessen Entstehen schon zeigt, wie man im Zentralverbande deutscher Konsumvereine bemuht ist, den gewerkschaftlichen Zeitfromungen grundsätzlich Rechnung zu tragen, weshalb auch die Gegenleistungen nicht ausbleiben dürfen. Dann aber ging es im Geschwindschritt mit den üblichen Wahlen und Etatsvoranschlags usw. dem Ende des Genossenschaftstags zu. Es war sicherlich eine ebenso interessante wie wichtige Tagung. Die nächstjährige wird in Leipzig stattfinden. Glück auf!

Die 16. Generalversammlung der Groeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine schloß sich am 16. Juni an. über die Geschäftsergebnisse ist ebenfalls in Nr. 64 bereits berichtet. Als bemerkenswert aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß bei Feststellung der Verteilung des Reingewinns zum ersten Male versucht wurde, die seitigerige Tendenz zu durchbrechen und vom dem Reingewinn eine größere Quote als seither (statt 2 pro Mille diesmal 5 pro Mille) als Rückverteilung auf den Umsatz zu erhalten. Der Versuch scheiterte erfreulicherweise an dem gesunden Sinne der überwiegenden Mehrheit der Delegierten, die den Dividendenlunger der Vereinsmitglieder nach seiner richtigen Bedeutung einschagten, indem sie einen diesbezüglichen Antrag ablehnten. Leitender Gesichtspunkt war dabei: die Kapitalkraft der G. E. G. so lange zu stärken, bis sie ohne Geschäftlicher ihrer finanziellen Grundlagen das Gebiet der Eigenproduktion in stärkerer Weise als seither und ohne Risiko zu beackern vermag. Das scheint uns auch das einzig Richtige zu sein.

Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 15 auf 18 erhöht, um den drei neuen Bezirksverbanden, die aus dem seitigerigen Verbands subdeutscher Konsumvereine gebildet wurden, eine zweckentsprechende Vertretung zu lassen. Die Generalversammlung der G. E. G. zeigte für den Fall, was auf genossenschaftlichem Gebiete geleistet werden kann, wenn die richtige Opferwilligkeit vorhanden ist. Und daß die Gesellschaften von dem richtigen Geiste

besetzt sind, bewies der Umstand, daß trotz des außerordentlich günstigen Geschäftsergebnisses, wie die G. E. G. nie zuvor eins erzielte, auf eine höherer Dividende verzichtet wurde. Daran könnten Hunderttausende von Mitgliedern in den einzelnen Konsumvereinen lernen — wenn sie nur wollten.

Aber unsere Kollegen bitten wir darum, neben dem augenblicklichen und wohl zu schazenden wirtschaftlichen Vorteile das großzügige Wesen der konsumgenossenschaftlichen Organisation nicht aus dem Auge zu lassen, denn in ihm liegt die größte Anziehungskraft für die zukunftsige Wirtschaftsentwicklung mit ihren gemeinwirtschaftlichen Tendenzen.

Gau Dresden.

Die ordentliche Hauptversammlung des Gauvereins Dresden fand am 19. Juni im „Volksbau“ zu Dresden statt. Als Gäste waren Verwalter Dahnel und Kollege Schubert (Chemnitz) vom Gau Erzgebirge-Bohtland anwesend. Gauvorsteher Wendische eröffnete den Vortrag mit begrüßenden Worten und gedachte der im verwichenen Jahre gestorbenen Kollegen. Dann berichtete der Vorsitzende über die Gauvorsteherkonferenz in ausführlicher Weise und wies auf den Ernst der Situation hin. über die tarifliche Lage konnte er einiges Erfreuliche, besonders die Anerkennung des Tarifs in Groschonau und bei Rösler (Freiberg) berichten. Aus Groschonau teilte er den übertritt einer Anzahl von Prinzipalstammmitgliedern in den Verband mit, wodurch sich dieser Ortsverein reichlich verdoppelte. Kollege Wendische schloß seine Mitteilungen mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Meinung, einig zu sein und zu bleiben, nach innen und außen. Nach kurzer Debatte erklärte man sich mit den Beschlüssen der Gauvorsteherkonferenz einverständlich und erörterte einige Beschwerden über Lehrlingsfalschschreitungen.

Hiernach ging man zum Geschäftsbericht über. Der Verwalter Steinbrück wies auf den unerfreulichen Zustand hin, daß durch die ungünstige Konjunktur eine so erhebliche Steigerung famlicher Unterstutzungsabzweige im vergangenen Jahre zu verzeichnen war, so daß nicht nur erstmalig die Verbandskasse, sondern auch unsere Kassa (leider aber nicht zum ersten Male) mit Unterbilanz abschloß. Für das laufende Jahr sei jedoch eine Besserung zu erwarten. Die sich immer mehr steigende Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt und die stetige Erhöhung des Mitgliederstandes habe die Verwaltungsarbeiten recht umfangreich gestaltet, so daß sich Ausschüssen im Bureau in stärkerer Maße nötig machten. Der Gauvorstand habe sich deshalb auf Anregung der Revisoren mit der Anstellung einer ständigen Hilfskraft beschäftigt und regen Botschaft an, dazu Stellung zu nehmen. In der Debatte zeigte sich aber, daß man den bisherigen Zustand (ausschliefweise Beschäftigung von Konditionslosen) für zweckmäßiger hielt. Auch ein Antrag Brannans auf andlung des bisherigen Modus der Bezahlung von Ausschüssen im Bureau fand keine Gegenliebe. Hierauf erfolgte Nichtigspruchung der Jahresrechnung und Entlastung des Verwalters.

Sodann wandte man sich der Bezirksenteilung zu. Hierzu lag ein Antrag vor: „Der Gau Dresden ist in Bezirke einzuteilen. Jeder Bezirk ist jährlich mit einem noch zu bestimmenden Prozentjah aus der Kassa zu unterstützen“. Für den Fall der Ablehnung hatte die Mitgliedschaft Weindolla folgenden Eventualantrag gestellt: „Jeder Ortsverein der Provinz hat das Recht, zu den Verammlungen der (Dresdner) Gauvereinsmitglieder einen Delegierten zu entsenden, die Kosten trägt die Kassa usw.“ Um die Frage der Kostenbedingung zu lösen, beantragte Zittau: „Den Gauvertrag für den Gau Dresden alle zwei Jahre abzuschalten.“ Nach Weindolla begründete den Antrag auf Bezirksenteilung damit, daß wir ersten Zeiten entgegengehen, in denen es bringend nötig sei, über gutgeschulte Mitglieder verfügen zu können. Der innere Ausbau unserer Organisation miffe vertieft und die innere Agitation unter den Provinzmitgliedern intensiver gestaltet werden. Dazu sei aber der Gauvorstand allein nicht in der Lage, da müßten noch mehr Kräfte herangezogen werden, um den Vorstand tatkräftig zu unterstützen. Wenn Bezirksvereine geschaffen würden, die zwei oder drei Verammlungen jährlich abhalten müßten, so würde für die Provinz schon viel erreicht werden können. Die Bezahlung der Fahrkosten IV. Klasse würde, ebenso wie die übrigen Kosten, nicht so hoch sein, daß die Kassa sie nicht tragen könnte. Es würden ja auch schon für Agitation und Fahrkostenentschadigungen an die Teilnehmer von Bezirksversammlungen gezahlt und durch den Wegfall des Gautags ein Jahr um das andre könnte auch viel gespart werden. Er empfahl die Einteilung des Gaus in sechs bis sieben Bezirke. In der Debatte wurden die Vorzüge einer Bezirksenteilung von mehreren Provinzkollegen noch besonders hervorgehoben. Die Gegner der Anträge wandten sich auch nicht gegen die Schaffung von Bezirksvereinen, sondern gegen deren Form und Organisation. Agitationsbezirke habe der Gau Dresden schon vor Jahren geschaffen und Bezirksversammlungen abgehalten. Bezirksvereine mit eigener Verwallung und Regelung der Verbandsgeschafte, wie sie z. B. Gyorgyowitsch (Pirna) wunschte, würden nicht nur eine Beitrags erhöhung bedingen, sondern auch der Fuhrungnahme zwischen dem Gauvorstand und den einzelnen Mitgliedern hinderlich sein. Die Mehrheit empfahl die Schaffung von obligatorischen Bezirksvereinen mit vielleicht 5 Pf. Beitrag, wie ihn der schon bestehende Bezirksverein Ebersbach erhebe. Das Tätigkeitsgebiet der Bezirksvereine sollte die Agitation

und Pflege des kollegialen Verkehrs umfassen. Man einigte sich schließlich unter Ablehnung der vorgelegten Anträge auf einen neuen Antrag Jugelt (Ebersbach), der gegen fünf Stimmen vom Gautage zum Beschluß erhoben wurde. Der Antrag Jugelt lautet: „Der Gau Dresden ist in Agitationsbezirke einzuteilen. Die unliegendsten Orte müssen dem Bezirksverein angehören. Jährlich finden zwei Bezirksversammlungen statt. Das Fahrgeld IV. Klasse bezahlt die Kassa.“ Der Gauvorstand wurde beauftragt, die Einteilung des Gaus in Bezirke vorzunehmen und die getroffene Bezirksenteilung den Mitgliedschaften zur Ausprache mitzuteilen.

Der Antrag Zittau: „Der Gautag wolle in Erwägung ziehen, den Gauvorsteher als festbestehenden Beamten anzustellen.“ wurde zuruggezogen. Ein weiterer Antrag Zittau: „Der Gautag wolle beschließen, daß den Kollegen nach 25-jähriger Mitgliedschaft das Diplom des Gaus wie seither ausgedehnt wird unter Wegfall der Fahrentschadigung zum Gautag“, fand eine sehr geteilte Aufnahme. Es fanden sich einige warme Befirworter des Antrags einer Ehrtung nach 25-jähriger Verbandsmitgliedschaft, doch waren schließlich deren Gegner in der Mehrheit. Der Gauvorstand war zur Aufhebung der Ehrtung durch ein Diplom veranlaßt worden, weil manche Kollegen sich zu gering gewürdigt hatten und dadurch deren Wertschazung auch für andre herabsetzten. Der Antrag wurde gegen zehn Stimmen abgelehnt.

Die weiteren Tagesordnungspunkte, die bis auf die Wiederwahl des Gauvorstandes ohne allgemeines Interesse waren, wurden debattelos erledigt. Zum Schluß erregte jedoch ein Refus der Mitgliedschaft Meifen berechtigter Entristung. Sie sagte am 18. Mai folgende Resolution: „Die Monatsversammlung der Mitgliedschaft Meifen erhebt Protest gegen die Art und Weise der Erhebung einer Extrabeit für die ausgescherten Bauarbeiter von seiten des Gauvorstandes; sie bestreitet letzterem entschieden das Recht, sich auf § 6 uners. Gaustatuts in solchen Fällen zu stützen. Die Mitgliedschaft behält sich vor, nach eigenem Ermessen einen entsprechenden Antrag an das Meifener Gewerkschaftskartell abzuführen.“ Die scharfe Kritik, die von seiten der Gaudelegierten an dem disziplinwidrigen Verhalten der Meifener Kollegenschaft geut wurde, wird diese wohl überzeugt haben, daß die übrigen Gaumitglieder den Gauvorstand zur Anordnung der Erhebung von Extrabeitragen wohl berechtigt hält, und es ist wohl zu hoffen, daß sie diese Meinung anerkennen und ihr noch Rechnung trägt. H.

Korrespondenzen.

K-r. Bezirk Barmen. In der am 19. Juni in Lennep im Gasthose „Zum König von Preußen“ stattgehabten und von 118 Kollegen (Barmen 45, Remscheid 49, Schwelm 9, Geselesberg 8, Luttringhausen 3 sowie drei Durchreisenden und einem Gaste) besuchten Bezirksversammlung wurde das Ableben des Kollegen Hermann Remm aus Barmen in üblicher Weise geehrt. Unter „Vereinsmitteilungen“ erstattete der Vorsitzende Kunz u. a. Bericht von der am 30. Mai abgehaltenen Bezirksvorsteherkonferenz. Dem scheidenden „Korr.“-Redakteure Neuhäuser widmete der Vorsitzende herzliche Worte der Anerkennung für seine der Gesamtkollegenschaft geleisteten hervorragenden Dienste. Von der Versammlung wurde dem Vorstand anempfohlen, gegen die Restanten ganz energisch vorzugehen. Zum Punkte „Kassenbericht“, der gedruckt vorlag, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erstattete der Gelfisenvorsitzende beim Tariffschiedsgerichte Barmen-Elberfeld, Kollege Karp (Elberfeld), einen kurzen Bericht über die am 28. Februar in Rosln stattgehabte Kreisamtsitzung des Kreises II, der mit Beifall aufgenommen wurde. Für die ausgescherten Bauarbeiter wurde der Betrag von 50 M. aus der Bezirkskasse bewilligt. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende die älteren Kollegen, auf die jüngeren Kollegen in jeder Beziehung auffarend zu wirken und anzuhelfen, die Versammlungen zu besuchen, damit dieselben bereinigt für unsere Sache so eintreten, wie es im Interesse des Verbandes sehr notwendig sei.

Wegdorf-Wissen-Rirchen. Am 19. Juni beging der Ortsverein sein erstes Stiftungsfest, welches bei gemeinschaftlichem Kaffeetrinken und Preisquadrateln aufs beste verlief. Wir hoffen, daß dieses gemeinsame Zusammensein dazu beitragen wird, unsere Organisation zu befestigen.

F. Dilsdorf. In der Monatsversammlung vom 11. Juni widmete der Vorsitzende zunächst dem vor kurzem im Rhein ertrunkenen Kollegen Bittel einen Nachruf, worauf sich die Anwesenden zu Ehren des Toten von den Platen erhoben. Dann wurden mehrere Kollegen aufgenommen. Kollege Born teilte noch mit, daß dem Kollegen Wille anläßlich seines fünfjährigen Berufsjubilums vom Vorstand ein Gratulations schreiben übermittelt worden sei. über den hiesigen christlichen Gewerkschaftsführer Jobus, dem die Agitation für den Gutenbergs und übertragen, machte der Vorsitzende eine sehr interessante und bezeichnende Mitteilung. Dieser Herr kam zu dem Wefizer einer hiesigen größeren Druckerei und fragte an, ob ein Seiger, der aus dem Verband austrate, deshalb entlassen werde. Da der Prinzipal das erklärlicherweise verneinte, stellte der christliche Gewerkschaftssekretär das „Bescheidene“ Verlangen an ihn, ihm dieses schriftlich zu bestätigen. Hiernit higte der gute Mann natürlich ab: Wenn dieses Wortkammer etwas beweist, so nur, daß sich Jobus zum Arbeiterführer eignet wie ein bekanntes „Ney zum Rängen“. Irrendenien Sinn hat das ganze Vorgehen nur, wenn auf diese merkwur-

dige Weise für den „rühmlichst bekannten“ Gutenbergsbund Mitglieder eingezogen werden sollen. Es muß weit gekommen sein mit dieser unter christlicher Vormundschaft stehenden „Organisation“, wenn man sich solcher Mittel bedienen muß. Wie der Herr Jobus auch sonst auf der Jagd nach Mitgliedern für den Gutenbergsbund ist und im Schweige seines Ungesichtes sich für denselben müht, darüber teilte ein Kollege in der Versammlung noch Erbauendes mit. Der christliche Agitator suchte nämlich die Mutter des Kollegen auf und wollte sie bereden, auf ihren Sohn einzuwirken, aus dem $\dagger\dagger$ Verband aus und im „christlichen“ Gutenbergsbund einzutreten. Auch in diesem Falle war der Liebe Mühe vergebens, denn der Kollege richtete an Herrn Jobus einen Brief, in dem er sich dessen Besuche für die Zukunft verbat. Es glückt aber auch gar nichts mehr bei den Gutenbergsbündlern. Unsere Kollegen mögen aus den vorstehenden Vorlesungen die Lehre ziehen, in Zukunft aufmerksam auf unsere oft auf geheimen Schleichwegen des Mitgliederfangs sich befindenden christlichen „Freunde“ zu achten. (Dies Vorlesung reimt sich prächtig mit dem Deutschen Buchdruckervereine feinerzeit gegebenen Versicherung, die Agitation der christlichen Gewerkschaftsführer für den Gutenbergsbund solle nicht mehr geduldet werden, womit „man“ den bündigsten Beweis für seine Neutralität antreten wollte. Aber vorprechen und halten ist beim Bunde zweierlei. Der omniböse bündlerische Arbeitsnachweis, womit ungeführt die flagrantesten Verstöße gegen den Tarif begangen werden, zeigt das ja auch recht deutlich. Neb.) Kollege Vorn erstattete dann den Bericht von der letzten Bezirksvorsteherkonferenz, der von den Kollegen mit großem Interesse entgegengenommen wurde. Darauf hielt der Kollege Vertram aus Köln einen fesselnden Vortrag über „Buchdruckerliche Zeit- und Streitfragen“, in dem er alle Fragen berührte, die für die Buchdrucker in ihrem beruflichen Leben von Wichtigkeit sind. Zum Schluß betonte der Vortragende den Vorteil, den die Arbeiter von der Konsumgenossenschaftsbewegung haben. An den Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Aus der Versammlung wurde der Wunsch laut, in einer der nächsten Versammlungen einen Vortrag über Konsumvereine halten zu lassen. Diesem Wunsche soll nachgegangen werden. Hierauf gab Kollege Plate den Bericht von der Ortskasse. Ihm wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Gg. Elbing. Zu den Ortsvereinen, die den Reigen der Johannisfeste eröffnen, gehören in diesem Jahr auch Elbing und Braunsberg. Beide Vereine feierten das Johannisfest gemeinsam am 12. Juni in „Samsouci“ bei Elbing. Die Braunsberger Kollegen erschienen fast vollständig und wurden von den Elbingern gern aufgenommen. Da eine drückende Hitze war, mündete der Begrüßungsschoppen vorzüglich. Nach einem kurzen Rundgange durch die Stadt ging es hinaus nach dem Festloale, wo um 2 Uhr das Mittagessen eingenommen wurde. Das Gartenfest bot viele Abwechslungen. Eine Kapelle konzertierte recht fleißig. In den Zwischenpausen erfreute die Gesangsabteilung des Ortsvereins Braunsberg mit ihren schönen Liedern die Festteilnehmer. Der Dirigent Henseleit versteht es, das deutsche Lied auch im Buchdruckerkreise zu pflegen und somit den Festen durch Gesang die Weiße zu geben. Sehr reichlicher Beifall belohnte die guten Leistungen und konnten Zugaben nicht ausbleiben. Die Festrede hielt Gauvorsteher Ragrosky (Danzig). Würfelbuden, Glückgreifen, Schießstand, Kinderbelustigungen, das Auffliegen der Reichsfinanzreform und andres sorgten dafür, daß sowohl die Veranstalter als auch die Festteilnehmer zu ihrem Rechte kamen. Abends leitete eine Gartenpolonaise zum Tanz über, dem einige Stunden gehuldet wurde. Leider mußten die Braunsberger schon um 12 Uhr wieder der Heimat zuweilen. Aber freudig gingen wir auseinander, in dem Bewußtsein, durch dieses Fest unser organisatorisches Gefühl und unsere Zusammengehörigkeit von neuem dokumentiert zu haben. Zum Schluß sei noch allen Mitwirkenden, insbesondere den Braunsberger Kollegen, an dieser Stelle herzlich Dank ausgesprochen. — In der Versammlung am 21. Mai hielt Herr Stadtschreiber Conradski einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die neue Reichsversicherungsordnung. Redner kritisierte verschiedene in der Gesetzesvorlage enthaltene Bestimmungen. Die daran anschließende Debatte führte zu recht lebhafter Diskussion. Für die ausgesperrten Bauarbeiter hat auch unser Ortsverein das Seine beigetragen. Ein Teil der Kollegen zeichnete einmalige Beiträge; andre erbotigen freiwillig ihren Ortsbeitrag bis zu 25 Pf. pro Woche.

L. Hamm i. B. Der hiesige Ortsverein beging am 19. Juni sein Johannisfest in Gestalt einer Dampferpartie. Wenn eine derartige Partie noch zu den Seltenheiten gehört in Anbetracht der brüchigen Verhältnisse, so muß der Königl. Strombauverwaltung in erster Linie der beste Dank ausgesprochen werden, weil von dieser Verwaltung die Schiffseinschiffung uns zur Verfügung gestellt wurde. Punkt 2 Uhr hatte sich also der gesamte Ortsverein mit seinen Damen und Kindern eingefunden, so daß die Abfahrt pünktlich erfolgen konnte, und das Schiff uns nach dem schön gelegenen Orte Herrlingen brachte. Hier angelangt, hielt der Vorsitzende eine kurze, kernige Ansprache, die mit einem Hoch auf den Verband und Ortsverein endete. Durch Preisgeschießen und Quadrätern wurde das Fest noch verschönert. Die Stunden vergingen viel zu schnell, so daß wir unsere Heimfahrt antreten mußten. Den hiesigen Buchdrucker Emil Grieblich, Breer & Schiemann und W. Eb. Klambt sei für die kostenlose Herstellung der schönen Druckfachen der beste Dank ausgesprochen. Der Ortsverein Hamm

hat ein Johannisfest erlebt, das noch lange in Erinnerung eines jeden bleiben wird.

Kottbus. Ein Buchdruckerdoppelfest wurde unter guter Beteiligung der Bezirksmitglieder am 18. Juni hier gefeiert: das Bezirksjohannisfest, verbunden mit dem 35-jährigen Stiftungsfeste des Kottbusser Ortsvereins. In dem schönen Gartenetablisement „Neuholland“ hatte sich das alsseit fröhliche Buchdruckerbüschlein mit und ohne Familie sowie Freunden und Bekannten festgesetzt. Neben dem Instrumentalkonzerte, welches die Stadtkapelle darbot, war das Programm gewürzt von vorzüglich zu Gehör gebrachten gesanglichen Vorträgen des Doppelquartetts der Freien Sängervereinigung. Besonders hervorgehoben zu werden verdient die in Tonweisen übertragene, unsern Verbände gewidmete Dichtung unsers früheren Schriftführers, Kollegen Schürich (jetzt in Zeil): „Wem gilt das schönste Lied?“ Der Prolog „Christus und Gutenberg“ (Verfasser Kollege Brezang) wurde von Fräulein Greimann recht ausdrucksvoll vorgetragen. In seiner Festansprache wies Kollege Ved (Kottbus) zunächst darauf hin, daß das Feiern von Jubeltagen und Verbandsmitgliedern nicht Selbstzweck sei, sondern nur Mittel zum Zweck. Er zog eine Parallele zwischen dem entbehrungsreichen Leben unsers Altmeisters und dem Rose des Gros der Buchdruckerhilfschaft, welches ebenjowenig wie Johannes Gutenberg auf einen grünen Zweig gelang. Darauf weiterbauend, gedachte Redner ehend unser Verbandsgründer, schilderte die Kulturarbeit des Verbandes und gab dann einen Überblick über die 35-jährige Geschichte des Ortsvereins Kottbus, von dessen Mitbegründern noch drei unter uns weilen, und zwar die Kollegen Greimann, Ditzsch und Bauer. Mit dreifachem Hoch auf den Verband schloß der Bezirksvorsteher seine Ansprache. 1875 zählte der Ortsverein 8 Mitglieder, 1910 dagegen 80. Den Schluß des reichhaltigen, vorzüglich ausgewählten Programms bildete die lustige Komödie: „Der Buchdruckerfreier“, von Ernst Genßen. Der Inhalt des Stückes entseffelte lebhafteste Heiterkeit, und rauschender Beifall wurde seitens des dankbaren Auditoriums den mitwirkenden Kollegen gesendet für ihr ausgezeichnetes Spiel. „Die Sonne sank im Westen“, als das Fest seinen Anfang nahm; hoch stand sie im Osten, als die letzten Teilnehmer sich anhielten zu einer — Wajerpattie auf der Spre.

G. Mannheim. Am 15. Juni fand im Saale des „Gewerkschaftshauses“ hier eine allgemeine Verbandsmitgliederversammlung statt. Dieselbe hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen, namentlich hatten viele Kollegen von Ludwigshafen der Einladung Folge geleistet. Der Vorsitzende Laufer eröffnete nach 9 Uhr die Versammlung und hieß die erschienenen Kollegen von den umliegenden Druckorten herzlich willkommen, im besonderen gab er seiner Freude Ausdruck, daß es uns gegeben sei, den schon lange als Redakteur am „Korr.“ tätigen Kollegen Willi Krahl als Referenten für unsere Versammlung gewonnen zu haben; er hieß denselben ebenfalls in unserer Mitte herzlich willkommen und gab dem Wunsch Ausdruck, Kollege Krahl möge einen guten Eindruck von dem Geiste der Kollegialität der Mannheimer Mitglieder mit nach Hause nehmen. Hierauf erstattete Kollege Krahl sein Referat. Er hatte als Thema gewählt: „Entwicklung und Bedeutung der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen“. Seine 1 1/2 stündigen Ausführungen zeigten zur Genüge, daß es für jeden organisierten Arbeiter, speziell für uns Buchdrucker, eine Notwendigkeit ist, einig zu sein, um in Stunden der Gefahr geschloffen dazustehen. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen, worauf Kollege Laufer namens der Versammlung dem Referenten bestens dankte. Zur Diskussion meldeten sich die Kollegen Schreyf, Margenau und Craff, die aber die Ausführungen des Kollegen Krahl nicht zu erschüttern vermochten. In seinem Schlußworte widerlegte Kollege Krahl die Diskussionredner unter dem Beifalle der Versammlung.

Δ Offenbach a. M. Bezirksversammlung am 18. Juni. Eingang wurde mitgeteilt, daß zu den bereits Ferien bewilligt habenden Offizinen noch die Firmen B. Georgi (Stempelschneiderei) mit sechs Tagen bei fünfjähriger Karenz und die Schriftgießerei Kros & Junge mit zwei Tagen bei einjähriger Karenz hinzugekommen sind. Auf unser an die Prinzipale gerichtetes Gesuch um Gewährung von Ferien haben zwei Firmen in ablehnendem Sinne geantwortet und die übrigen hielten es jedenfalls nicht der Mühe für wert, uns eine Antwort zukommen zu lassen. Mit großem Interesse nahmen hierauf die Anwesenden den Bericht unsers Gauvorstehers Dominé (Frankfurt a. M.) entgegen über die stattgehabte Gauvorsteherkonferenz. In sehr eingehender Weise behandelte derselbe die gegenwärtige Lage unsers Berufs, die tarifrechtlichen Erscheinungen, die bei einem Teile unsrer Prinzipale sich bemerkbar machen, berührte die Proschüre der Zeitungsverleger und erläuterte dann eingehend die Beschlüsse der Gauvorsteherkonferenz. Zum Schluß ermahnte Redner die Kollegen, die Situation richtig aufzufassen und sich recht regem an Organisationsleben zu beteiligen. Folgende Resolution fand, da eine größere Diskussion nicht einsetzte, Annahme: „Die heute im „Gewerkschaftshauses“ tagende Bezirksversammlung erklärt sich nach einer vom Kollegen Dominé gehörten Bericht-Erstattung über die Gauvorsteherkonferenz mit den gefaßten Beschlüssen derselben einverstanden und nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Nichttritte des Kollegen Reghäuser von der Redaktion unsers „Korr.“ Die Versammlung erkennt die unermüdbare Tätigkeit Reghäuser an.“ Nachdem dann noch die Sechsmaschinenreklame der Linotype eine kritische Beleuchtung erfahren sowie einige Interna ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der

Versammlung. An unsren Kollegen liegt es nun, die Worte des Gauvorstehers zu beherzigen und in Anbetracht der kommenden Tarifbewegung ein recht reges Interesse an der Organisationsarbeit zu entwickeln.

Worzhim. Zur technischen Weiterbildung haben sich nun auch die hiesigen Kollegen zu einem Typographischen Klub zusammengeschlossen. Schon lange regte sich der Wunsch unter den Mitgliedern des Ortsvereins, dem Vorbild anderer Städte nachzutreiben. Dem ist nun Rechnung getragen, und hoffen wir, daß sich die Kollegen an den Unterrichtsabenden zahlreich beteiligen. Vorsitzender ist Kollege W. Schulz, Rennfeldstraße 37.

Saulgau. Dem hiesigen Ortsvereine war am 17. Juni endlich ein langersehnter Wunsch in Erfüllung gegangen. Wir konnten unsern Gaukassierer Klein (Stuttgart) in einer außerordentlichen Versammlung begrüßen, allwo er über das Thema „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe und unsere nächsten Aufgaben“ in eingehendstündiger Rede referierte. An der Hand von Statistiken führte Redner den Werdegang der verschiedenen Organisationen im Vergleiche mit unsern Verbänden den Gespannt zuhörenden Kollegen vor Augen und erstattete dann einen trefflich abgefaßten Bericht über die kürzlich abgehaltene Gauvorsteherkonferenz. Der Vorsitzende dankte dem Referenten für den vorzüglich gehaltenen Vortrag namens der Mitgliedschaft. Derselbe erklärte sich mit dem auf der Gauvorsteherkonferenz eingenommenen Standpunkt über die nächsten Ziele und Aufgaben einverstanden. Um noch einige Stunden mit unserm Gaste gemütlich verbringen zu können, wurde Schluß der Versammlung beantragt. Zuvor wurde noch nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 17. Juni tagende Versammlung des Ortsvereins Saulgau nimmt mit Bedauern Kenntnis vom Rücktritt unsers Kollegen und Redakteurs Reghäuser und werden ihm die Kollegen Oberschwabens ein ehrendes Andenken bewahren.“ Hierauf schloß der Vorsitzende die überaus gut verlaufene Versammlung mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf den Verband.

Schmalsteden. Die am 18. Juni im Vereinsloale abgehaltene, trotz der wichtigen Tagesordnung leider nur schwach besuchte Monatsversammlung beschloß nach Entgegennahme des Berichtes des Vorsitzenden von der Vertrauensmännerversammlung in Ostfa einstimmig, für die ausgesperrten Bauarbeiter sofort einen Betrag von 10 Mk. aus der Ortskasse abzuführen und für die Dauer der Ausperrung einen Extrabeitrag von 10 Pf. wöchentlich zu erheben. Das diesjährige Johannisfest soll durch einen gemeinschaftlichen Ausflug nach der „Mailust“ bei Wafungen am zweiten Sonntag im Juli gefeiert werden. In dem Anfang August hier abzuhaltenden Gewerkschaftsfest wird sich der Ortsverein ebenfalls beteiligen. Die Versammlung beschloß ferner, sich dem hier in nächster Zeit zu gründenden Gewerkschaftsartell anzuschließen. Am Schluß der Versammlung nahmen die Anwesenden folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Ausscheiden des Kollegen Reghäuser aus der Redaktion des „Korr.“ Die Versammlung konstatiert, daß wir mit Kollegen Reghäuser einen unsern besten Führer verlieren, der es verstanden hat, unsern Verband während seiner 14-jährigen Redaktions-tätigkeit unbedeutend in der richtigen Bahn geführt zu haben. Die Versammlung wünscht Kollegen Reghäuser das Beste für seine Zukunft.“

Stad. Die am 11. Juni stattgehabte Monatsversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Bedauert wurde das definitive Scheiden unsers Kollegen Reghäuser und sein langjähriges verdienstliches Wirken für unsere Organisation anerkannt. — Das Johannisfest wurde am 19. Juni auf dem herrlichen, idyllischen Bobrol gefeiert. Die hiesigen, Kuzhajener, Freiburger und Neuhäuser Kollegen hatten sich vollständig mit ihren Familien eingefunden. Kollege Wape (Kuzhajen) hielt eine dem Tag angemessene Ansprache, ermahnte die Kollegen vor allem, in dieser ersten Zeit einig zusammenzuhalten und schloß mit einem begeisterten Hoch auf unsern Verband.

Rundschau.

Ferien! Die Chr. Fr. Müller'sche Hofbuchdrucker in Karlsruhe i. B. gewährte einem Teil ihres Personals je nach der Dauer der Geschäftszugehörigkeit zwei bis vier freie Tage. Eine fünfjährige Karenz ist allerdings für die unterste Staffel dieser Bergünstigung noch Voraussetzung. Von 104 Gehilfen kommt etwa die Hälfte in Betracht.

Ferienverlängerung. Die Buchdrucker von Anton Krieger in Donaunbrunn erhöhte die bisher gewährten Ferien von drei auf sechs Tage, und zwar ohne jede Karenzbedingung.

Aber die Rentabilität der Aktiengesellschaften im Buchgewerbe brachte das „Wespenblatt für den deutschen Buchhandel“ eine Berechnung, die sich auf 87 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapitale von insgesamt 67,77 Millionen Mark bezieht. Leider ist dabei die Jahreszahl nicht näher angegeben, so daß man nicht sagen kann, auf welches Geschäftsjahr diese Berechnung bezieht. Wenn man aber weiß, daß die Buchhändler beinahe die härtesten Gegner einer höheren Bezahlung der Druckerarbeiten sind, so kann man darauf schließen, daß für die Feststellungen auf diesem Gebiete von jener Seite nicht gerade das schlechteste Geschäftsjahr ausgewählt wurde, um die Rentabilität des Buchdruckgewerbes in der Öffentlichkeit ziffernmäßig nachzuweisen. Unter diesem Gesicht-

(Fortsetzung in der Zeitschrift)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 28. Juni 1910.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Nr. 73.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

punkte können darum die Angaben auch von uns als einigermaßen sichere Richtlinie betrachtet werden. Der gesamte Reingewinn aus dem angeführten 68 Millionen Markt Aktienkapitale betrug demnach für das in Frage kommende Geschäftsjahr (jedenfalls 1908, denn 1909 kann noch nicht berechnet sein) 4,6 Millionen Mark. Davon entfiel jedoch nahezu 33 Proz. auf das Verlustkonto fallen. Der wirkliche Reingewinn beträgt durchschnittlich: in Leipzig 6,78 Proz., in ganz Preußen 4,18 Proz., in Berlin selbst gar nur 4 Proz. So ungünstig wie die Gewinnverhältnisse sich im allgemeinen stellten, waren demnach auch die Dividendenergebnisse, denn nicht weniger als 27 Gesellschaften, also nahezu der dritte Teil, konnten überhaupt keine Dividende verteilen. Bei der Vergleichung der Gewinnverhältnisse fällt vor allem der große Abstand zwischen den Bruttoerträgen und dem Reingewinn auf. Diese Erscheinung erklärt sich aus den Aufwendungen, die das Verlustkonto (einschl. Steuern und Abgaben, Saläre usw.) verursachte. Diese Generalunkosten absorbieren allein im Durchschnitt fast die Hälfte des Bruttogewinns, nämlich 47,03 Proz.; bei fünf Gesellschaften überfliegen die Generalunkosten sogar die Höhe des Bruttogewinns. Viele Gesellschaften waren genötigt, den aus dem Vorjahr übernommenen Vortrag und die Ergebnisse aus anderen Werten zu verwenden, um nur die allgemeinen Unkosten zu decken. Das wirtschaftliche Gesamtbild dieser Statistik läßt erkennen, daß die polygraphischen Gewerbe unter dem Druck einer ungünstigen Konjunktur zu leiden haben, und daß eine Besserung der Druckpreise eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Zudem nun das offizielle Organ des deutschen Buchhandels diesen Nachweis selbst führt, steht zu erwarten, daß die Grundzüge des Deutschen Buchdruckpreistarifs bei den Buchhändlern gebührende Anerkennung finden.

Die Tarifbewegung in den Provinzdruckereien Ungarns ist trotz Abschluß des neuen Tarifs doch noch nicht in allen Orten zur Zufriedenheit der Gehilfenschaft erledigt. Es befinden sich die Kollegen an verschiedenen Orten noch im Ausstand, um die Anerkennung des Tarifs zu erreichen. Konditionsangebote nach Ungarn sind daher noch wie vor mit aller Vorsicht aufzunehmen! Hauptächlich die deutsche Fachpresse wird von ungarischen tariffeindlichen Firmen sehr gern als Brücke benutzt, um Streikbrecher ins Land der Wagnern zu locken. So werden besonders nach dem Bezirke Kronstadt und Siebenbürgen Sandfeger und Typographseher gesucht. Nach offiziellen Mitteilungen handelt es sich aber auch hier nur um Streikbrecherarbeit, die übernommen werden soll. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um den ungarischen Organisations- und Tarifgegnern die Jagd nach Gehilfen jeglicher Sparte ganz gehörig zu verfallen.

Die Chemigraphen und Kupferdrucker Deutschlands haben bekanntlich nicht nur straffe Organisationen auf beiden Seiten, sondern auch ihre Tarifgemeinschaft baut sich auf sehr vorbildlichen Grundsätzen auf und wird auch von beiden Parteien ernstlich respektiert. Klagen vor dem Schiedsgerichte gab es im soeben abgelaufenen ersten Geschäftsjahre der zweiten Tarifperiode nur vereinzelt, dagegen ist dem Geschäftsberichte zu entnehmen, daß die Durchführung der Bestimmungen der Preisconvention sehr erheblichen Schwierigkeiten ausgesetzt ist. Eine Anzahl der größten Bundesfirmen kündigte ihren Austritt aus dem Bund an, wenn nicht endlich Garantien für die Durchführung der Preisconvention geboten würden. Sie wollten dann lieber aus eigener Kraft und nach Gutdünken ihre Maßnahmen treffen. Bei den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft bestand kein Zweifel darüber, daß das Vorhaben dieser Firmen nicht nur zu einer allgemeinen Unterbrechung der bisherigen Produktionspreise führen würde, sondern daß dadurch die Tarifgemeinschaft selbst sehr gefährdet werden könnte. Die Gehilfen stellen sofort eine Konferenz ab, deren Beschluß dahin geht, daß sie das Vorhaben dieser Firmen, sich von der Preisconvention zu befreien, als einen verbotenen Schritt ansehend anfechten müßten und ihre Maßnahmen dagegen treffen würden. Daraufhin hielten die Prinzipale eine Bundesgeneralammlung ab, in der die Einsetzung von vereinigten Richterrevisoren beschlossen wurde, deren Aufgabe es sein sollte, festzustellen, ob die von ihnen revidierten Firmen sich an die Bestimmungen der Preisconvention halten oder nicht. Inzwischen haben diese Revisoren ihres Amtes gewaltet und werden nach und nach sämtliche tariffreie Firmen einer Revision unterzogen. In jedem Falle von Preisveränderung oder Konventionsverletzung hat eine von Prinzipalen und Gehilfen zusammengesetzte Prüfungskommission zu entscheiden, die aber bisher erst in vier Fällen zusammenzutreten brauchte. Das Tarifamt hat diese vier Entscheidungen gutgeheißen und haben sich auch diese vier Firmen bereit erklärt, der Entscheidung zu entsprechen. Ferner wird berichtet, daß für Rheinland und Westfalen ein neuer Tarifreis V mit dem Sitz in Düsseldorf gegündet wurde. Der Tarif-

ausschuß hat bei Regelung der Lehrlingskala beschlossen, ab Januar 1911 eine Änderung der bestehenden Stala eintreten zu lassen, falls sich erweisen sollte, daß die in der Stala enthaltenen Ziffern inzwischen zu einem ungesunden Verhältnisse der Lehrlinge zu der Zahl der beschäftigten Gehilfen geführt hat. Zu diesem Zwecke werden zurzeit Erhebungen angestellt über die Zahl der beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge in den chemigraphischen Anstalten und Kupferdruckereien Deutschlands. Es wird sodann noch eine tabellarische Zusammenstellung über die wohlthuende Wirksamkeit der bestehenden Arbeitsnachweise gegeben und zum Schluß das Verzeichnis der tariffreien Firmen abgedruckt, deren Zahl von 88 im ersten Geschäftsjahre inzwischen auf 142 gestiegen ist. Alles in allem läßt der Bericht erkennen, daß man auf beiden Seiten (Prinzipalen und Gehilfen) ernstlich befreit ist, den Frieden im Gewerbe durch das tarifliche Verhältnis zu fördern.

Die gesetzliche Sicherung der Tarifverträge durch die Arbeitsordnungen. Der „Sozialen Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt“ entnehmen wir die interessante Feststellung, daß in Württemberg die Gewerbeaufsichtsbeamten mehrfach die Beobachtung gemacht haben, daß die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vereinbarten Tarifabmachungen von einzelnen davon berührten Firmen als Nachtrag in die Arbeitsordnungen ihrer Betriebe aufgenommen wurden. In dieser Aufnahme der Tarifverträge in die Arbeitsordnung erblickt die Gewerbeinspektion eine Sicherung des Tarifvertrags, wie sie sonst in Deutschland noch nicht besteht. Willkürlichkeiten in der Tarifeinhaltung werden dadurch erschwert und die oft nach nützlichen Verhandlungen zustande gekommenen Tarifabmachungen gelten dann nicht nur für diejenigen Arbeiter, für die der Tarifabschluß erzielt war, sondern auch für alle Arbeiter, die etwa später in den Betrieb eintreten. Ferner weist der betreffende württembergische Gewerbeaufsichtsbeamte direkt darauf hin, daß der Gesetzgeber in der Arbeitsordnung den Rahmen auch für die Tarifverträge geschaffen hat; es könne dahingestellt bleiben, ob diese Forderung der neuesten Form der Festlegung der Arbeitsbedingungen vom Gesetzgeber beabsichtigt gewesen sei oder nicht. Tatsache sei aber bereits, daß große Unternehmerverbände einheitliche Formulare für die Arbeitsordnungen an ihre Mitglieder ausgeben, wonach diesen nur noch geringe Bewegungsfreiheit für die Regelung der Arbeitsbedingungen in ihren eignen Betrieben übrig bleibt. Dazu möchten wir bemerken, daß wir die Idee der engeren Verknüpfung der Arbeitsordnungen mit den Tarifverträgen für eine ganz gesunde betrachten, doch müßte für deren Verwirklichung im Sinne der vorstehenden Ausführungen ein Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht auch den Arbeiterorganisationen bei Aufstellung der Arbeitsordnungen garantiert werden. Solange aber dies auf Unternehmenseite nicht anerkannt wird, dürfte auch die Sympathie der Arbeiterseite für die allein von Unternehmenseite aufgestellten Arbeitsordnungen unter dem Geziprunkte bleiben und sie je nach der Stärke der als Rückenbedingung vorhandenen Organisationen bekämpfen oder auch lediglich nur als Formsache betrachten lassen.

Bei den Gewerbegerichtsahlen in Ebing wurden gewählt: 14 Mitglieder der freien Gewerkschaften (darunter ein Kollege), sechs der christlichen und vier der Hirsch-Dunderschen Organisation. Bisher waren die 24 Wähler nur freie Gewerkschaftler. Das Kartell will nun Protest einlegen, weil ein Teil der Wähler das Wahlrecht nicht ausüben konnte. Es waren nur drei Wahllokale vorhanden und die Wahlzeit sehr knapp bemessen.

Zur Lage im Baugewerbe. Nachdem nun bezüglich der Annahme des Schiedspruchs die maßgebenden Instanzen der Bauarbeiterorganisationen auf der ganzen Linie das entscheidende Wort gesprochen haben, hat auch die erdrückende Mehrheit der deutschen Bauarbeiterseite in gewerkschaftlicher Disziplin sich dem Veto ihrer Parlamente unterworfen und die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn es dabei auch da und dort zu stürmischen Versammlungen kam und die in so fribolrer Weise ausgesperrte Arbeiterseite an einzelnen Orten ernstlich Miene machte, nimmehr den Stiel herumzudrehen und ihrerseits zum Angriffstret überzugehen, so kann man dies menschlich verstehen, aber unter keinen Umständen billigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der jetzt noch zutage tretende Widerstand der Arbeiterseite gegen die Unternehmer wohl bis zu einem gewissen Grad als ein Zeichen ungebrogener Kraft eingeschätzt werden kann, daß aber dabei ruhige, taktische Überlegung und Vernunft die Grundtöne bilden, kann nicht behauptet werden. Die Konsequenzen, die aus solchen unternommenen Extratouren nach Lage der ganzen Situation für das Ansehen der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft entstehen können, sie sind zu ernst und zu bedenklich. Abgesehen von den Gegenmaßregeln der Unternehmer, die man gerade nicht als allzu gefährlich zu betrachten

braucht, wird doch mit einem Umschlag in der öffentlichen Meinung zu rechnen sein, der nicht nur auf die Bauarbeiter, sondern auf alle Gewerkschaften ungünstig wirken wird. Was aber das Bedenkliche ist: durch solche Disziplinlosigkeiten, wie sie direkt bezeichnet werden müssen, wird die Vertragsfähigkeit der organisierten Arbeiterschaft berechtigten Zweifeln ausgesetzt. Alles, was der heroische Kampf und das mustergiltige Ausharren der ausgesperrten Bauarbeiter, ferner die erhebende Solidaritätsbezeugung der ganzen deutschen Arbeiterschaft an Achtung der ganzen Welt abgerungen haben, wird wieder aufs Spiel gesetzt. Darum können auch wir nur dringend wünschen, daß solche bedauerlichen Einzelereignisse, wie sie sich in Kassel, Leipzig, Solingen und einigen andren Orten zeigen, so bald wie möglich der Vergangenheit angehören, und der Stolz und die Freude der gesamten Arbeiterschaft, eine rücksichtslose und mächtige Unternehmerseite gemeinsam niedergerungen zu haben, nicht durch Zersplitterung und gewerkschaftliche Anarchie wieder erstikt wird. Ein solcher Ausgang wäre ein Pyrrhussieg, den die Unternehmer mit Schmunzeln den Arbeitern gönnen würden. Hoffentlich sind die Bauarbeiterorganisationen in sich stark genug, um solche Quertreibereien im eignen Hause bezweigen in ihrem Interesse wie in dem der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu unterbinden. Wir wünschen das nicht, weil der deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe am 30. Juni in Halle eine außerordentliche Generalversammlung abhalten wird, um zu dem Widerstand einzelner Bauarbeiterkreise Stellung zu nehmen und entsprechende Gegenmaßregeln zu ergreifen, sondern weil die Arbeiterorganisationen sich im Hinblick auf die ganze wirtschaftliche und soziale Struktur der Gegenwart den Weg zu innerer Kräftigung für zukünftige ernste und schwerere Kämpfe nicht mutwillig verrammeln sollen.

Eine Musterfassung für städtische Arbeitslosenversicherung hat, wie „Die Hilfe“ berichtet, das bayerische Ministerium des Innern ausgearbeitet. Die wichtigsten Grundzüge sind folgende: Die Unterstützung wird nur gewährt, wenn der Arbeitslose vorher eine größere Anzahl von Wochen Beiträge — nach dem Entwurfe wenigstens 52 — zur Versicherungskaße geleistet hat. Diese Beiträge sollen so hoch bemessen werden, daß sie das Risiko vollständig decken. Der Zuschuß der Gemeindefür die Versicherungskosten soll nur eine Förderung der Selbsthilfe darstellen, diese aber nicht ausschalten. Die Versicherung soll nur bei unvermeidlicher Arbeitslosigkeit und gleichmäßig für organisierte und nichtorganisierte Arbeiter gezahlt werden. Die Arbeitslosenversicherung soll zunächst in einem Vorrecht auf Zuweisung von Arbeit durch das gemeindliche Arbeitsamt bestehen! Erst nach siebenzigtiger Karenzzeit beginnt die Geldunterstützung. Sie soll so bemessen sein, daß sie das Existenzminimum nicht übersteigt. Der gemeindliche Zuschuß wird nicht an die Organisationen als solche, sondern an die Mitglieder gezahlt; die Organisationen haben lediglich die Unterstützung vorzuschweife anzuzahlen. Das bayerische Musterstatut trifft außerdem Vorkehrungen dafür, daß die Organisationen ihre bisherigen Arbeitslosenunterstützungen nicht herabsetzen können, daß die Sanflucht durch die Arbeitslosenversicherung nicht gefördert wird, daß die Arbeiterorganisationen keinen besonderen Nutzen aus den städtischen Zuwendungen haben, und daß die einzelnen Städte nicht für ihre wohlwollende Einrichtung durch ungesunden Zugang Arbeitsloser bestraft werden können. Es wäre zu wünschen, daß der bayerische Musterentwurf, von dem nur in einer Kommission der Reichsratskammer Mitteilung gemacht wurde, bald im Wortlaute veröffentlicht wird. Die Stadt Köln will übrigens jetzt das sogenannte Genter System, d. h. die Unterstützung der Gewerkschaften, mit einer selbständigen Klasse verbinden, die auch den Nichtorganisierten offensteht. Sie will demnach denselben Grundgedanken durchführen, auf dem der bayerische Entwurf sich aufbaut.

Eine internationale hygienische Ausstellung wird im nächsten Jahr in Dresden stattfinden. Die Ausstellung soll eine großzügige Belehrung über die Pflege des menschlichen Körpers bringen und somit jedem Besucher dauernden Nutzen für sein Leben schaffen. Die Generaldirektion der sächsischen Staatseisenbahnen hat sich jetzt schon bereit erklärt, die Vermittlung für Preisermäßigungen bei Gesellschaftsfahrten zu übernehmen, um den Besuch der Ausstellung zu erleichtern.

Der Arbeitsmarkt im Monate Mai zeigte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen bessere Belegung gegenüber dem Vormonate; nur die Textilindustrie war einem weiteren Niedergang unterworfen. Die Kohlen-, die Metall- und die Maschinenindustrie kamen in günstige Verhältnisse und vom Baugewerbe wird gar eine Zunahme der Beschäftigung berichtet, trotzdem die Auslieferung nach den Berichten der Unternehmer vom Tag zu Tag an Umfang zugenommen haben sollte. Hier wird also amtlich nachgewiesen, daß die Bauunternehmer die

Offenlichkeit düpiert haben. Weniger günstig als in den meisten übrigen Industrien und Gewerben war der Beschäftigungsgrad dagegen im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosigkeit ging gegen den April noch weiter zurück. Besonders in Leipzig stellte sich ein Überangebot an Arbeitskräften heraus. Von 325 beim Arbeitsnachweis angemeldeten Seheren erhielten nur 85 und von 120 Druckern nur 38 Stellung nachgewiesen. Am Schlusse des Monats blieben außer den Erkrankten noch 205 Seher und 58 Drucker arbeitslos, gegen 185 Seher und 60 Drucker im April und 212 Seher und 22 Drucker im Monate Mai des vorigen Jahres. Von Berlin wird mitgeteilt, daß das Angebot von Arbeitskräften eine erhebliche Steigerung erfahren habe. Die Zahl der beschäftigungslosen Seher und Maschinenmeister betrug im Durchschnitt für die Woche 378 (gegen 265 im April). Von diesen wurden durchschnittlich in der Woche 77 Seher und 33 Maschinenmeister untergebracht. — In den Krankenkassen erhöhte sich die Mitgliederzahl im Laufe des Monats um 8961. Gegenüber dem Monate Mai 1909 war die Zunahme im gleichen Monate d. J. um 57593 geringer. — Was die allgemeine Arbeitsnachweisstatistik anbetrifft, so widerspricht diese der Tatsache, daß in einigen größeren Industrien eine Belebung des Arbeitsmarkts zu verzeichnen gewesen sei. Es kamen nämlich auf 100 offene Stellen im Mai 183 männliche Angebote, gegen 166 im Monat April.

Eingänge.

„**Archiv für Buchgewerbe**“, Jahrgang 1910, Heft 5. Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig. Jährlich 12 Hefte. Das Einzelheft kostet 1,50 Mk. „**Deutscher Buch- und Steinbrucker**“. Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage: „**Graphische Meisterwerke**“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dennemühlstraße 19. Heft 9, 16. Jahrgang. Vierteljährlich durch die Post 2 Mk., Einzelheft 75 Pf. „**Natur**“, Zeitschrift der Deutschen naturwissenschaftlichen Gesellschaft. Herausgegeben von R. v. Francé in München. Zu beziehen durch den Verlag von Theodor Thomas in Leipzig, Talstraße 13. Jährlich 26 Hefte sowie 5 Buchbeilagen. Heft 19. Preis pro Quartal 1,50 Mk.

Briefkasten.

Chr. L. in Schleswig: Ausnahmen können in dieser Frage aus prinzipiellen Gründen nicht gemacht werden. Es bleibt Ihnen aber überlassen, die Mitteilung in einem Versammlungsberichte von dort im „**Korr.**“ unterzubringen. Die in Frage kommende Rubrik ist direkt reaktionell, weshalb auch die Konsequenzen aus ihrem Inhalte ganz anders zu ziehen sind. — **U. B. in Rottbus:** Aber warum denn das „Anhängel“? Johannisfestberichte sollen doch so kurz wie möglich gehalten sein. Es sind doch bekanntlich in den letzten Jahren Stimmen genug im „**Korr.**“ laut geworden, die die Berichterstattung über Johannisfeste überhaupt beseitigt wissen wollen. — **M. in Waldburg:** Verehrter Kollege, Ihnen scheint das Verständnis für Ihre gottvolle Auffassung vom Konsumvereinswesen vollständig abzugehen. In Ihrem Interesse lehnen wir also die zweite Einfindung ab, menschliches Mitgefühl ist überwiegend bestimmend dafür. Prüfen Sie sich aber die in der „**Gewerk- und Genossenschaftsrevue**“ dieser Nummer enthaltenen prächtigen Ausführungen des Münchner Rechtsrats Dr. Mertl über die hohe Bedeutung des Genossenschaftswesens ein. — **M. R. in Gottesberg** und andre: Ihre gegen den Kollegen M. in Waldburg sich richtenden Artikel haben doch keinen Zweck, nachdem unsererseits bereits alles geschehen ist zur Beleuchtung des wohl einzig dastehenden Standpunktes eben jenes Kollegen. — **M. in Wschaffenburg:** Kollege R. — mag sich in Geduld fassen, das kann erst am heutigen Tage geschehen. So schnell schließen die Sachen nämlich nicht. — **Fr. C. in Mainz:** Wir nehmen davon Notiz, daß der in dem Wiesbadener Bericht in Nr. 66 erwähnte, so haneblichen schusternde Maschinenseher in Oppenheim Nichtverbandsmitglied ist — was ja eigentlich sich von selbst verstand — und daß auch gegen die betreffende Firma nunmehr entscheidendere Schritte unternommen werden sollen. — **U. B. in Br.:** Was Duden an der angezogenen Stelle darüber sagt, gilt; persönliche Auffassungen können da nicht maßgebend sein.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 23, Mariendorfer Straße 13. L. Fernsprechanstalt VI, 11191.

Adressenveränderungen.

Limbach i. Sa. Vorsitzender: Otto Müller, Oststraße 12.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Wrieg** (Bez. Breslau) 1. der Drucker P. Schröter, geb. in Breslau 1883, ausgel. das.; war schon Mitglied; 2. der Seher Georg Soppa, geb. in Neumarkt i. Schl. 1892, ausgel. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — **Abolf Müller** in Reize, Breslauer Straße 19.

In **Siedel** der Seher Hermann Samann, geb. in Heffen (Braunschweig) 1890, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — In **Witten** der Drucker Adolf Dörnermann, geb. in Witten (Ruhr) 1888, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — **J. Widler** in Bochum, Lothringer Straße 4.

In **Laß** der Schweizerdegen Eberhardt Schmidt, geb. in Landesgut i. Schl. 1877, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — **Fris Köchel** in Waldburg i. Schl.

In **Hedingen** der Schweizerdegen Philipp Winkauer, geb. in Hochammer (O.-M. Wangen im Allgäu) 1886, ausgel. in Raupheim 1903; war schon Mitglied. — **Karl Anie** in Stuttgart, Heustiegstraße 54 part.

In **Rattowitz** der Drucker Gustav Siedel, geb. in Breslau 1870, ausgel. das. 1888; war schon Mitglied. — **Ludwig Baumgart**, Friedrichstraße 53.

In **Rolmar** der Seher Emil Lucien Arnold, geb. in St. Amarin 1889, ausgel. das. 1907; war noch nicht Mitglied. — **Joseph Heimburger** in Rolmar i. Elß, Marsfeldwall 4.

In **Kurz** haben der Schweizerdegen Th. Stroblötter, geb. in Haselinne (Hann.) 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — **G. Hartmann** in Oestemünde, Gartenstraße 30.

In **Lauf** der Seher Joseph Roth, geb. in Weichungen 1891, ausgel. in Mannerstadt 1909; war noch nicht Mitglied. — In **Mühlendorf** der Seher Michael Stiehl, geb. in Thannhausen 1893, ausgel. in Krumbach 1910; war noch nicht Mitglied. — In **Littmoning** der Schweizerdegen Georg Reumüller, geb. in Schwandorf 1891, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — **Joseph Seig** in München, Holzstraße 24 I.

In **Solingen** der Seher Georg Kalm, geb. in München 1886, ausgel. das. 1903; war schon Mitglied. — **Heinrich Marschall** in Elberfeld, Humboldtstraße 53 II.

In **Westerland** auf Sylt der Seher Emil Stigm. Büchner, geb. in Berlin 1886, ausgel. in Lemplin 1904; war noch nicht Mitglied. — **Martin Prüiter** in Kiel, Schauenburger Straße 34 part.

In **Wiesbaden** die Seher 1. Wilh. Firsich, geb. in Neustadt a. d. S. 1891, ausgel. in Konstantz a. B. 1909; war noch nicht Mitglied; 2. Johann Krämer, geb. in Mainz 1865, ausgel. das. 1883; war schon Mitglied. — **Ab. Holzhäuser**, Frankentstraße 21.

In **Wolfenbüttel** der Seher Karl Reinhard, geb. in Osterode a. S. 1888, ausgel. in Herzberg a. S. 1906; war noch nicht Mitglied. — **Wilh. Neuter** in Braunschweig, Kastanienallee 40a.

In **Wien** der Seher Richard Gersich, geb. in Neurode (Schl.) 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — **Leop. Pöschop**, Wien VII, Seibengasse.

Arbeitslosenunterstützung.

Adm. Die Notiz betreffend den Seher Mertens aus Ilgen hat sich erledigt.

Stargard i. Pomm. Die Notiz betreffend den Seher Alfred Böhmig aus Lüben i. Schl. (Hauptbuchnummer 31925) hat sich erledigt.

Versammlungskalender.

Chemnitz. Maschinenseherversammlung am Sonnabend, den 2. Juli, abends 9 Uhr, im „Rapuziner“, Ecke Neitzbahr- und Kaiserstraße.

Essen (Ruhr). Schriftseher-, Stereotyp- und Galvanoplastikerversammlung (mit Weinland-Beisitzern) Sonntag, den 17. Juli (nicht am 16. Juli), nachmittags 2 Uhr, im „Gambrius“ in Duisburg.

Merseburg. Versammlung Sonnabend, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in der „Guten Quelle“.

Münster i. W. Bezirksversammlung Sonntag, den 31. Juli, nachmittags 3 Uhr, in Oido. Einträge bis 22. Juli an den Vorsitzenden.

Weimar. Außerordentliche Bezirksversammlung Freitag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: J. G. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Gefrier-Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1910.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht, falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis.
Büchberg: Grimmesche Hofbuchdrucker.
Norden: Braams, Fern.
Wilhelmsbaven: Stöbt, Wilh.

II. Kreis.
Nachen: Bager & Steins.
Elberfeld: Ganz, Ludwig; Schmidt & Co.
Stolberg: Müller, Wilhelm.

III. Kreis.
Wiesbaden: Mischaffner, Johann.

IV. Kreis.
Durlach: Durlacher Handelsdruckerei Otto Becker; Scholl, Eduard, Nachf. (Znh. Ludw. Homberg & S. Linf).
Esslingen: Heiges, Wilhelm.

V. Kreis.
Rürnberg: Niederreiter, Ulrich.

VI. Kreis.
Berla a. Jm: Schilling, Hugo.
Pozla: Hepl, J. F.
Dhrdruf i. Th.: Matthes, Karl.

VII. Kreis.
Dresden: Großer, Felix.
Sohnheim: Schmidt, P., & Arnold.
Leipzig: Boigt & Geißler.
Limbach: Wittig, Karl.
Mueßelwitz: Mueßelwitzer Verlagsdruckerei Gebrüder Wittiger.

IX. Kreis.
Pleißa: Müller, Mar.

X. Kreis.
Hirschberg i. Schl.: Siegemund, G.

XI. Kreis.
Fürstenwalde (Spree): Wst, Gustav.
Potsdam: Webers, Ernst.
Wittstock (Dosse): Redepenning, Paul.
Sommerfeld: Schulz & Road.

Aus dem Verzeichnisse der tarifstreuen Druckereien gestrichen wurden die Firmen:

Kreis II: Wachsen: Berger & Birth.
" VIII: Berlin: Gebrüder Strefow.
Gestrichen aus der Liste der tarifstreuen Gehilfen:
Seher Otto Engel in Straßund.
Maschinenmeister Karl We in Nordhausen.

Erfahrungen.
Kreis XI (Ehrengericht Stettin.) Vorsitzender: Franz Meyer, i. Fa. F. Heffenland, G. m. b. H., Stettin.
Kreis VII (Tarifaussch.) Zweiter Prinzipalstellvertreter: Heinrich Seyffert i. S. V. G. Teubner in Dresden.

Kreis VII (Schiedsgericht Chemnitz.) Prinzipalmitglieder: Alwin Lehner, R. Müller, Th. M. Höppner, G. Heyde, Oskar Martin. — (Schiedsgericht Dresden.) Prinzipalmitglieder: H. Seyffert, A. Hille, G. Heinrich, G. Wäpfer, S. Walther.

Kreis VIII (Schiedsgericht Berlin.) Prinzipalmitglieder: Artur Schölem, Otto Fied, i. Fa. M. Seyffert. Vorsitzender: Rudolf Hülstein.

Kreis XII (Schiedsgericht Posen.) Prinzipalvorsitzender: Leo Sieburth, i. Fa. Sohn & Sieburth, Grabenstraße 17.

Berlin, 13. Juni 1910.
Georg W. Hügenstein, L. G. Giesede, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Seitenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf. C. Freis, Frankfurt W., Wölgelstr. 25.
Brüger und Abdecker 195
nur erste Arbeit, wird sofort gesucht. Gehalt 40 Mk. Offerten mit Bewerbungsbriefen an: S. Neuburg & S. Wilms, Hamburg 3.

In Leipzig
jedoch nicht Bedingung, sucht junger, tüchtiger, im Abzügen, Tabellen- und illustrierten Katalogs erfahrener Seher Stellung. Werte Offerten unter Nr. 97 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jüngerer Seher
sucht dauernde, tarifmäßige Stellung. Werte Off. unter Nr. 92 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.
H. MATHAEUS
DESSAU
AGNESSTR. 23
Katalog gratis u. fr.

Buchdrucker-Berein in Hamburg-Altona.

Mittwoch, den 6. Juli, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Besenbinderhof.

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmittellungen; 2. Vortrag des Schriftführers Herrn Fr. Lauf; 3. Abrechnung und Genehmigung des Vermögensauschlusses. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Berein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen.

Freitag, den 1. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im neuen Saale des „Volkshaus“, Seiger Straße.

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Festsetzung des Vereinsbeitrags.
Der Vorstand. Karl Engelbrecht, erster Vorsitzender.

Hüte in allen Preislagen bei **Reidner**, Guttmachermeister, Berlin, Prinzenstraße 57. Verbandsmitglieder erhalten 10 Prozent Rabatt.

Taschenahle mit Pinzette (Spitze zum Einsehr), vorkauft direkt schon für 1,50 Mk. **Louis Roth**, Stollberg i. Erzgeb., Zwickauer Str. 373.

Mohr Stenographenunterricht. (Cabelberger) bereitwillig. Lichte u. leicht u. auch Leiter d. Fernkurse d. Vereins. Kenner-kundiger Buchdrucker in Deutschland, Münster i. W. 1909

Adressen für Zusendungen an den Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker- und Schriftseher:
für Artikel und allgemeine reaktionelle Angelegenheiten: Ludwig Regehäuser;
für Korrespondenzen, Ausland und Gewerkschaftsangelegenheiten: Willi Kahl;
für Rundschau: Charles Schaffer;
für Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postwechselungen usw.: Georg Abblitz;
Sämtlich in Leipzig, Calmonstraße 8.